

30.11.2009 Schweizer Wissenschaftlerin sieht Hilflosigkeit vor Islamophobie.
Von Veronika Kreyca

Nach der Abstimmung: «Muslime müssen nun vermehrt um ihre Rechte kämpfen»

Für die Schweizer Islamwissenschaftlerin Rifa'at Lenzin ist die Annahme der Anti-Minarett-Initiative ein Ausdruck von Islamophobie, ein salonfähiges Phänomen in der europäischen Gesellschaft. Sie sucht nun nach Strategien zum Abbau der Vorurteile. Im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) fordert sie, dass Muslime künftig im Rahmen der Rechtsordnung vermehrt für ihre Rechte kämpfen sollten.

KNA: Frau Lenzin, wie muss man nach der überraschenden Mehrheit für die Anti-Minarett-Initiative künftig dem Phänomen Islamophobie begegnen?

Lenzin: Man wird die Strategien anpassen müssen. Nicht nur auf muslimischer Seite, sondern auf Seiten der Politik. Wir haben es hier mit einer klar antimuslimischen Haltung, einer Islamophobie, zu tun, die weitgehend unabhängig ist vom Verhalten der Muslime selbst. Das Phänomen ist da mit dem Antisemitismus vergleichbar. Der Unterschied ist aber, dass Antisemitismus heute weitgehend geächtet wird - sowohl politisch, als auch gesellschaftlich. Islamophobie ist aber absolut salonfähig. Hier müssen wir ansetzen.

KNA: Haben Sie Ideen für Strategien?

Lenzin: Nein, das ist momentan zu weit gegriffen. Zuerst müsste die Kenntnis reifen, dass die Muslime in ihrem Verhalten wenig zu einer Veränderung ihrer Außenwahrnehmung beitragen können. Die Muslime müssen natürlich versuchen, den Dialog mit der Mehrheitsbevölkerung nicht abreißen zu lassen; sie müssen weiterhin ihre Bringschuld in Sachen Integration leisten. Diesen Weg müssen wir weiter gehen. Aber an der Problematik wird das nichts ändern. Da sind die Mehrheit respektive ihre Vertreter und Parteien gefordert, Strategien vorzulegen.

KNA: Was bedeutet das Ergebnis für die Muslime in der Schweiz?

Lenzin: Im Moment ändert sich an der Sache nicht viel: Es sind, wenn überhaupt, nur einige wenige Projekte in Planung. Es ist ja nicht so, dass man vorgehabt hätte, en masse Minarette zu bauen. Für die Muslime muss aber klar geworden sein, dass eine Mehrheit der Schweizer nicht bereit ist, Muslime als gleichwertige Bürger in diesem Land zu akzeptieren. Die Zustimmung zu einer solchen Sonderregelung zeigt ein großes Misstrauen gegenüber den Muslimen. Welche Schlüsse die Muslime daraus ziehen, ist offen. Sicher wird es zu einer Verhärtung der Fronten führen, auch zu einem gewissen Rückzug der Muslime aus der Gesellschaft. Damit entsteht das, was man vorgab, bekämpfen zu wollen: Parallelgesellschaften.

KNA: Was bedeutet es für die Schweiz in der internationalen Wahrnehmung, gerade auch von muslimischen Ländern?

Lenzin: Ich denke, dass die Schweiz sich einen Bärendienst erwiesen hat. Als Land, das früher so stolz war auf seine humanitäre Tradition, wird sie jetzt in Europa als Vorreiterin in Sachen Islamophobie und Muslimfeindlichkeit dastehen. Einen solchen Artikel in der Verfassung hat meines Wissens kein anderes europäisches Land. Das hätte ich mir als Schweizerin von der Schweiz nicht erhofft. In der muslimischen Welt herrscht momentan

eine große Irritation. Die Schweiz hatte einen guten Ruf eines offenen, toleranten Landes, in dem verschiedene Minderheiten gleichberechtigt leben können. Nun muss man feststellen, dass dem anscheinend nicht so ist. Das irritiert und erstaunt. Ob sich das mittel- und längerfristig auf die Wirtschaftsbeziehungen auswirken wird, muss man abwarten.

KNA: Erwarten Sie gewaltsame Reaktionen oder gar eine Eskalation der Gewalt innerhalb der Schweiz und auch von außerhalb?

Lenzin: Das vorausszusehen, ist schwierig. Es gibt natürlich eine große Frustration bei Muslimen, vielleicht auch gerade bei Jugendlichen. Und die kann leicht umkippen in gewalttätige Ausbrüche. Ich glaube, dass die Gefahr nicht so groß ist, aber möglich ist es immer. Im Ausland ist die Situation noch viel schwieriger abzuschätzen. Ich rechne nicht mit gewaltsamen Übergriffen auf die Schweiz. Viel kommt darauf an, wie es nun weiter geht. Aus der jetzigen Perspektive ist es aber nicht sehr wahrscheinlich.

KNA: Werden sich die Muslime der Schweiz nun fügen und laut Verfassung keinen Minarettbau mehr anstreben? Oder erwarten Sie Klagen?

Lenzin: Ich hoffe nicht, dass es die Muslime dabei bewenden lassen: Es ist eine Beschneidung ihrer Rechte. Wenn sie das zulassen, wird es immer weiter in diese Richtung gehen. Die Muslime müssen sich in Zukunft besser organisieren, sie müssen eine bessere Kommunikation zur Mehrheitsbevölkerung pflegen, sie müssen sich professionalisieren. Ich meine, sie müssen auch ihre Rechte innerhalb der bestehenden Rechtsordnung der Schweiz offensiver wahrnehmen. Muslime bekannten sich in der Vergangenheit immer wieder zur schweizerischen Rechtsordnung. Sie wollten keine Sonderrechte. Jetzt ist es aber an der Zeit, ihre Rechte im Rahmen dieser Rechtsordnung geltend zu machen. Und eines dieser Rechte ist, Bauprojekte auch mit Minarett bis zu den europäischen Instanzen einzuklagen. Muslime müssen vermehrt bereit sein, um ihre Rechte zu kämpfen.